

## A N T R A G

der Abgeordneten Schindele, Weninger, Bierbach, Hahn, MEd, MA, Pfister, Mag. Samwald, Mag.<sup>a</sup> Scheele, Schmidt, Schnabl, Mag. Dr. Spenger, Mag.<sup>a</sup> Suchan-Mayr und Zonschits

### **betreffend: Stärkung des öffentlichen Verkehrs als Rückgrat der Mobilität in Niederösterreich = Sicherung des öffentlichen Stadtverkehrs LUP in St. Pölten**

Ein leistungsfähiger öffentlicher Verkehr ist eine zentrale Voraussetzung für ein sicheres und stabiles Mobilitätsnetz in Niederösterreich. Gerade in der Landeshauptstadt St. Pölten kommt dem öffentlichen Stadtverkehr eine überregionale Bedeutung zu, da er nicht nur die Mobilität der St. PöltnerInnen sicherstellt, sondern auch für zahlreiche PendlerInnen aus dem Umland ein unverzichtbares Angebot darstellt. Ein verlässlicher öffentlicher Verkehr ist wesentlicher Bestandteil des Anspruchs, dass Niederösterreich ankommt.

Der St. Pöltner Stadtverkehr LUP wird seit dem Jahr 2007 im Rahmen einer bewährten Drittelfinanzierung durch den Bund, das Land Niederösterreich und die Landeshauptstadt St. Pölten getragen. Diese gemeinsame Finanzierung stellt sicher, dass ein leistungsfähiges, verlässliches und leistbares Verkehrsangebot zur Verfügung steht. Im Jahr 2024 nutzten über 5,3 Millionen Fahrgäste den LUP, was seine zentrale Rolle im niederösterreichischen Mobilitätssystem eindrucksvoll unterstreicht.

Die derzeitige Ausschreibungsperiode für den Betrieb des Stadtverkehrs endet mit August 2027. Um eine nahtlose Weiterführung des LUP sicherzustellen, ist die zeitgerechte Einleitung eines neuen Ausschreibungsverfahrens erforderlich. Voraussetzung dafür ist eine gesicherte Finanzierung des Betriebes. Denn die Menschen müssen sich auf den Fahrplan verlassen können und das Angebot muss halten, was es verspricht. Während Bund und Stadt ihre finanzielle Beteiligung bereits zugesagt haben, steht eine verbindliche Zusage des Landes Niederösterreich bislang aus.

Ein Ausstieg des Landes aus der gemeinsamen Finanzierung hätte weitreichende Folgen. Die Bundesförderungen sind an die Beteiligung des jeweiligen Bundeslandes geknüpft, sodass ein Rückzug des Landes auch den Wegfall der Bundesmittel nach sich ziehen würde. Darüber hinaus sind im Rahmen der Neuausschreibung die Vorgaben des Straßenfahrzeugbeschaffungsgesetzes einzuhalten, die auf eine weitgehende Dekarbonisierung und den Einsatz emissionsfreier Busse abzielen. Ohne gesicherte Finanzierung wären diese gesetzlichen Anforderungen nicht erfüllbar.

Eine Reduktion oder Gefährdung des Leistungsangebots des LUP würde den öffentlichen Verkehr in der niederösterreichischen Landeshauptstadt erheblich schwächen und stünde im Widerspruch zu den verkehrs-, klima- und regionalpolitischen Zielsetzungen des Landes Niederösterreich. Gerade angesichts wachsender Bevölkerungszahlen und steigender Pendlerströme ist ein verlässlicher öffentlicher Verkehr ein entscheidender Standortfaktor für ein funktionierendes Mobilitätsnetz im gesamten Bundesland.

Die Gefertigten stellen daher den

### **Antrag**

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die NÖ Landesregierung, insbesondere der für Verkehrsangelegenheiten zuständige LH-Stellvertreter Udo Landbauer, MA, wird aufgefordert, ehestmöglich eine verbindliche Zusage zur finanziellen Beteiligung des Landes Niederösterreich an der künftigen Finanzierung des St. Pöltner Stadtverkehrs LUP abzugeben und damit die Fortführung der bewährten Drittelfinanzierung gemeinsam mit dem Bund und der Landeshauptstadt St. Pölten sicherzustellen, um ein sicheres, stabiles und verlässliches Mobilitätsangebot sowohl für die BewohnerInnen der Landeshauptstadt als auch für die zahlreichen PendlerInnen aus dem Umland dauerhaft zu gewährleisten.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem Verkehrs-Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen.